

# Elternnetzwerk Berliner Gemeinschaftsschulen (EBG)

## Prüfsteine des EBG zur Wahl des Abgeordnetenhauses Berlin 2016

Unsere ausführliche Wahlhilfe



*Am 18. September wählen die Berliner und Berlinerinnen ein neues Abgeordnetenhaus. Wir wollten von den derzeit im Abgeordnetenhaus vertretenen fünf Parteien wissen, welche Positionen sie mit Blick auf die Berliner Gemeinschaftsschule vertreten. Dazu haben wir der SPD, CDU, Bündnis 90 / Die Grünen, Die LINKE und den Piraten Berlin neun Fragen zu den Themen*



- *Gemeinschaftsschule als Regelschule / Neugründungen*
- *Bildungsgerechtigkeit / Chancengleichheit aller Schüler\_innen*
- *Inklusion / Begabungsförderung aller Schüler\_innen*
- *Gymnasiale Oberstufe an Gemeinschaftsschulen*


*gestellt.*

## Status der Gemeinschaftsschule innerhalb der Berliner Schullandschaft

1. Wie wird Ihre Partei im Falle eines Wahlsieges die Berliner Gemeinschaftsschulen weiter fördern?
2. Hat Ihre Partei vor, die Gemeinschaftsschule als Regelschule und somit gleichwertige Schulform zu etablieren?
3. In welchem Umfang werden Sie Neugründungen von Gemeinschaftsschulen unterstützen?

	<p>Antworten auf die Fragen 1 bis 3:</p> <p>Seit dem Schuljahr 2008/2009 beweist die Berliner Gemeinschaftsschule als Schule für alle, dass es möglich ist, den Bildungserfolg von der sozialen und ethnischen Herkunft der Schülerinnen und Schüler abzukoppeln.</p> <p>Der Abschlussbericht zur wissenschaftlichen Begleitung der Pilotphase zeigt, dass es den teilnehmenden Schulen gelungen ist, die Schülerinnen und Schüler individuell zu fördern. Die Gemeinschaftsschulen können den Lernerfolg von der sozialen Herkunft abkoppeln. Schülerinnen und Schüler mit einem sozial belasteten Hintergrund erreichen vielfach ähnlich gute Lernfortschritte, wie diejenigen aus weniger sozial belasteten Elternhäusern.</p> <p>Wir wollen die Erfolgsgeschichte der Berliner Gemeinschaftsschulen fortschreiben und es mehr Kindern ermöglichen, eine bruchlose, inklusive und gerechte Bildung zu erhalten. Die Gemeinschaftsschulen werden einen festen Platz in der Berliner Schullandschaft erhalten. Wir werden sie als weitere Schulart im Schulgesetz verankern. Gleichzeitig wollen wir alle Gemeinschaftsschulen so unterstützt, dass die räumlichen, sächlichen und personellen Ressourcen ausreichen, um erfolgreich arbeiten zu können.</p>
	<p>Antwort Frage 1:</p> <p>Die CDU steht für ein vielfältiges Schulsystem mit unterschiedlichen pädagogischen Konzepten. Wir glauben an den Wettbewerb guter Ideen und unterstützen schon immer freie Schulen (wie z.B. Waldorfschulen), an denen vielfach Gemeinschaftsschulkonzepte umgesetzt werden. Die Gemeinschaftsschule gewinnt ihre Existenzberechtigung daraus, dass es Eltern gibt, die diese Schulform für ihre Kinder wünschen und dass es Lehrer gibt, die dieses Konzept umsetzen wollen.</p> <p>Die Gemeinschaftsschule wird in Berlin im Rahmen einer Pilotphase in unterschiedlicher Form umgesetzt. Wir sprechen uns für die Fortführung der Pilotphase aus, bis mindestens drei Schülergenerationen die Gesamtschule von Klasse 1 bis 13 durchlaufen haben und gesicherte Kenntnisse über die Leistungsfähigkeit dieser Schulform generell und im Vergleich zu den anderen Berliner Schulformen vorliegen.</p> <p>Antwort Frage 2:</p> <p>Die Gemeinschaftsschule ist 2008/2009 als Pilotprojekt gestartet und in der Zwischenzeit auf 26 Schulen angewachsen. Im Abschlussbericht der Pilotphase werden den Gemeinschaftsschülern im zweiten Durchgang stärkere Lernzuwächse bescheinigt als im ersten und auch im Vergleich zu einer Hamburger Vergleichsgruppe. In der Studie werden aber keine Aussagen zum Erfolg der Gemeinschaftsschüler bei den zentralen Prüfungen gemacht, der Durchgang bis zum Abitur wurde nicht abgewartet. Eine Einordnung in das Berliner Schulsystem und eine abschließende Bewertung kann daher noch nicht erfolgen, auch deshalb, weil die Gemeinschaftsschulen bisher noch eine breite, kaum vergleichbare Bandbreite an Ausgestaltungen, an Ausgangslagen und</p>

	<p>notwendigen Rahmenbedingungen aufweisen. Die Entwicklung der Gemeinschaftsschule findet bundesweit zumeist im Kontext von Niveauabsenkungen statt, dies ist auch in Berlin der Fall. Wir hingegen sprechen uns für einen anspruchsvollen Unterricht und aussagekräftige (Abschluss-)Prüfungen aus.</p> <p>Antwort Frage 3: Im Rahmen der Pilotphase, auf freiwilliger, nachfrageorientierter Basis.</p>
	<p>Antwort Frage 1: Die Gemeinschaftsschulen sind ein Erfolgsprojekt, das wir weiterentwickeln und qualitativ ausbauen wollen. Wir wollen die Gemeinschaftsschulen aus dem Schulversuch herausführen und ihnen mit einer klaren gesetzlichen Verankerung einen bleibenden Platz in der Berliner Schullandschaft sichern.</p> <p>Antwort Frage 2: Die Gemeinschaftsschule ist eine besondere Schulform. Insbesondere weil die Schulkultur und das Selbstverständnis von einem besonderen Geist geprägt sind. Wir wollen der Gemeinschaftsschule einen festen und unverrückbaren Platz in der Berliner Schullandschaft geben, hierzu zählt auch eine klare Verankerung im Schulgesetz.</p> <p>Antwort Frage 3: Das Berliner Schulgesetz schreibt vor, dass der Impuls zur Gründung einer Gemeinschaftsschule von der Schule selbst ausgehen muss. Dies ist sicherlich auch ein Grund für die Erfolgsgeschichte der Berliner Gemeinschaftsschulen. Nur wenn eine große Mehrheit der Akteure einer Schule sich dem Geist der Gemeinschaftsschule verschreibt, kann die Gründung zum Erfolg werden. Wir wollen Schulen unterstützen, die sich für diesen Weg entscheiden, und Hindernisse aus dem Weg räumen. Auch wollen wir die Vernetzung zwischen den Schulen stärken und die Erfolgsrezepte der Gemeinschaftsschulen evaluieren, damit noch mehr Schulen davon lernen und profitieren können.</p>
	<p>Antwort Frage 1: Ziel der LINKEN ist es, die Gemeinschaftsschulen als die, das Berliner Schulsystem prägende, inklusive Regelschule zu etablieren. Dazu sollen folgende Eckpunkte für die quantitative und qualitative Weiterentwicklung der Gemeinschaftsschulen in der nächsten Legislaturperiode und darüber hinaus eine Rolle spielen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Rechtliche Rahmenbedingungen: Gemeinschaftsschule als schulstufenübergreifende Regelschule im Schulgesetz festschreiben, die den Weg zu einem nicht gegliederten Schulwesen öffnet</li> <li>• Aktivitäten, insbes. auf KMK-Ebene, um dortigen Vereinbarungen aufzukündigen, die Schulen, die auf eine äußere Fach-Leistungsdifferenzierung verzichten, Regelungen für das gegliederte Schulwesen aufzuzwingen (z.B. Ausweis unterschiedlicher Leistungsniveaus bei Leistungsbewertungen und auf Zeugnissen) und um neue Wege in der gymnasialen Oberstufe bzw. in der gesamten Sekundarstufe II gehen zu können</li> <li>• Förderkonzept, mit dem die Gründung von neuen Gemeinschaftsschulen aus bestehenden Schulen für diese attraktiv wird (darunter: Erhalt der bisherigen Ressourcen für die Schulleitung (auch in der Grundstufe; die gleiche</li> </ul>

	<p>Pflichtstundenanzahl für Lehrkräfte in der Grundstufe wie in der Sekundarstufe)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Konzeption von Schulneubauten als künftige Gemeinschaftsschulen, geplant als Schul-Campus</li> <li>• Ausbau aller Schulstufen (Grundstufe, Sek I und II) für alle Gemeinschaftsschulen</li> <li>• Gemeinschaftsschulen als Vorreiterin / Modell für die inklusive Schule</li> <li>• Personalkonzept für Gemeinschaftsschulen, Ausstattung vergleichbar den inklusiven Schwerpunktschulen</li> <li>• Umgang mit Heterogenität in der Lehrer*innenaus-, Fort- und Weiterbildung verstärken</li> <li>• Fortsetzung der wissenschaftlichen Begleitung mit Schwerpunkt Langzeit (1 bis 13) und flächendeckendem Ausbau von Gemeinschaftsschulen</li> </ul> <p>Antwort Frage 2: Ja. Die Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus hat bereits einen Antrag zur Änderung des Schulgesetzes (Drucksache 17/2998 Neu) eingebracht, mit der die Gemeinschaftsschule als Grund- und weiterführende Regelschule verankert werden soll. Die Gemeinschaftsschule soll aber nicht einfach nur eine „gleichwertige Schule“ zum gegliederten Schulsystem werden. Mit der Gemeinschaftsschule soll schrittweise ein ungegliedertes Schulsystem geschaffen werden. Die beantragte Änderung des Schulgesetzes wird vor der Wahl des neuen Abgeordnetenhauses nicht mehr beschlossen werden. Sie ist aber ein Diskussionsangebot an alle, die die Gemeinschaftsschule als Regelschule etablieren wollen.</p> <p>Antwort Frage 3: Siehe Antwort zur ersten Frage, insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderkonzept, mit dem die Gründung von neuen Gemeinschaftsschulen aus bestehenden Schulen für diese attraktiv wird (darunter: Erhalt der bisherigen Ressourcen für Schulleitung, gleiche Pflichtstunden für Lehrkräfte in der Grund- wie in der Sekundarstufe)</li> <li>• Konzeption von Schulneubauten als künftige Gemeinschaftsschulen, geplant als Schul-Campus</li> <li>• Ausbau aller Schulstufen (Grundstufe, Sek I und II) für alle Gemeinschaftsschulen</li> <li>• Gemeinschaftsschulen als Vorreiterin / Modell für die inklusive Schule</li> </ul> <p>Darüber hinaus wird sich DIE LINKE. Berlin, sollte sie an Koalitionsverhandlungen beteiligt sein, dafür einsetzen, dass für die kommende Legislaturperiode ein Fonds zur Förderung von inklusiven Gemeinschaftsschulen, der Ressourcen für die Schulentwicklung sowie für Personalentwicklung und Fortbildung umfasst, eingerichtet wird.</p>
	<p>Antwort Frage 1: Die PIRATEN sehen in den Gemeinschaftsschulen den innovativsten Teil der Berliner Schulreform. Sie setzt das möglichst lange gemeinsame und das individuelle Lernen am konsequentesten um und ermöglicht damit die größtmögliche Entkopplung des Schulerfolges von der sozialen Herkunft. Hierbei ist uns wichtig, weiterhin und zunehmend für eine breite gesellschaftliche Akzeptanz von Gemeinschaftsschulen und ihrer wichtigen Arbeit zu sorgen und die notwendigen finanziellen Mittel aus dem Landeshaushalt für die Unterhaltung und Expansion bereit zu stellen.</p>

	<p>Wir PIRATEN bekennen uns zur Gemeinschaftsschule und wenden uns gegen jede Aufkündigung des sogenannten „Schulfriedens“, die mit der Stärkung des Gymnasiums eine Verschlechterung der Bedingungen für Gemeinschaftsschulen und ISS in Kauf nimmt.</p> <p>Antwort Frage 2: Ja, wir sind von Beginn an vom Konzept der Gemeinschaftsschule überzeugt und werden uns dafür einsetzen, dass die Gemeinschaftsschule den Status der Regelschule erhält.</p> <p>Antwort Frage 3: Momentan reichen die Schulplätze an Gemeinschaftsschulen nicht aus um die Nachfrage zu befriedigen. Schon um den Elternwillen umzusetzen, muss die Zahl der Gemeinschaftsschulen erhöht werden. Denn eine „Schule für Alle“, die aber nicht für alle zugänglich ist, kann ihrem Anspruch nicht gerecht werden. Außerdem unterstützen die PIRATEN Neugründungen und Umwandlungen ausdrücklich, da das Konzept der Gemeinschaftsschulen das möglichst lange gemeinsame und binnendifferenzierte Lernen am konsequentesten umsetzt.</p>
--	---

## Bildungsgerechtigkeit / Chancengleichheit aller Schüler\_innen


1. Das deutsche Bildungssystem steht wegen seiner mangelnden Bildungsgerechtigkeit in der Kritik. Wie wollen Sie in Berlin für mehr Chancengleichheit sorgen?
2. Wie steht Ihre Partei zur Selektion der Schülerinnen und Schüler nach ihren Leistungen mit dem Übergang in die 7. (bzw. 5.) Klasse? Ist es nicht besser, Kinder länger gemeinsam lernen zu lassen – unabhängig von ihren schulischen Leistungen?

	<p>Antworten auf die Fragen 1 bis 2:</p> <p>Wir Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen dafür ein, dass alle Menschen dieser Stadt die Chance haben, ihre Stärken zu entdecken und ihr Potenzial auszuschöpfen. Chancengleichheit bedeutet für uns, dass alle Kinder dieselben Bildungschancen haben, unabhängig davon, woher sie kommen oder in welcher sozialen und finanziellen Lage sich ihre Familie befindet. Nach bestmöglicher Förderung in der Kita ist es unser Berliner Schulsystem, das allen Kindern und Jugendlichen eine optimale Förderung garantieren und herkunftsbedingte Ungleichheiten abbauen soll.</p> <p>Das Berliner Schulsystem ist sowohl der individuellen Förderung als auch einer hohen Durchlässigkeit und damit Chancengleichheit verpflichtet. Mit der von uns durchgeführten Schulstrukturreform haben wir in Berlin eine Schullandschaft, die durch die sechsjährige Grundschule sowie anschließend die Integrierte Sekundarschule, auf der alle Abschlüsse erworben werden können, und das Gymnasium geprägt wird.</p> <p>Dazu kommen schulartenübergreifend die Gemeinschaftsschulen (von Klasse 1-13) sowie eine große Anzahl beruflicher Schulen mit vielfältigen Angeboten. Mit der Zweigliedrigkeit im Bereich der Klassen 7 bis 10 (Sekundarstufe I) – bestehend aus Integrierten Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen als eine Säule und Gymnasien als andere Säule – wurde Segregation in der Berliner Schule vermindert.</p> <p>Die Potenziale der einzelnen Schülerinnen und Schüler zu erkennen und zu fördern, darin liegt die besondere Aufgabe in der Grundschule. Diese Leistung der individuellen Förderung erfordert eine angemessene Bezahlung. Wir werden uns deshalb für die Gleichstellung der Grundschullehrkräfte bei der Bezahlung sowie bei der Übernahme von Funktionen mit Lehrkräften aller anderen Schularten stark machen. Die Leitungsstellen an Grundschulen haben wir attraktiver gestaltet und eine bessere Bezahlung in diesem Bereich durchgesetzt.</p> <p>Wir werden den Ganztagsbetrieb inhaltlich und qualitativ weiter verbessern. Um allen Kindern den Zugang zur Förderung und Betreuung im Hort zu eröffnen, werden wir die Bedarfsprüfung im offenen Ganztagsschulbetrieb abschaffen. Auch die Hortgebühren werden wir nach einer Verbesserung der Qualität in der Kinderbetreuung wegfallen, um auf allen Stufen der Bildungskette – von der Kita bis zum Master – die Gebührenfreiheit des Bildungszugangs zu gewährleisten. Hierzu zählt auch die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit.</p>
	<p>Antwort Frage 1:</p> <p>Viele Kinder haben in Berlin eine schwierige Ausgangslage, weil ihre Eltern auf Transferleistungen angewiesen sind oder ihre Eltern(teile) nur wenig Geld verdienen. Das Schaffen von Arbeitsplätzen ist damit eine der wichtigsten Maßnahmen um Kindern mehr Chancen zu geben. In dieser Legislatur ist es der Koalition gelungen, die Arbeitslosigkeit auf 9,7 % zu halbieren. Die CDU möchte diesen erfolgreichen Kurs fortsetzen und somit weiter für eine verbesserte materielle Ausgangslage der Berliner</p>

	<p>Kinder sorgen.</p> <p>Lernmittelbefreiung, berlinpass BUT, Hilfen zur Erziehung, Härtefallregelungen – und fonds, Bonusprogramm, viele über Projektmittel geförderte oder ehrenamtliche Initiativen – in Berlin gibt es viel staatliche und private Unterstützung, um Kindern in schwierigen sozialen Lagen zu helfen und ihnen auch außerhalb der Schule Zugang zu Bildung zu geben. Diese Maßnahmen und Unterstützungsnetzwerke wollen wir beibehalten und, wo nötig, besser zugänglich machen.</p> <p>Für zuhause nicht umsorgte und geförderte Kinder ist der Kita- und Hortbesuch bzw. Besuch von Ganztagschulen von großer Bedeutung. Die Koalition hat den Ausbau der Kitaplätze in dieser Legislatur massiv vorangetrieben, wir haben die „Hortlücke“ geschlossen und weitere Ganztagschulen (auf unser Drängen auch Gymnasien) eingerichtet. Uns ist allerdings stets bewusst, dass nur eine qualitativ gute frühkindliche Bildung, qualitativ guter Hort und qualitativ guter Ganztags tatsächlich Bildungsmehrwert für Kinder bringt. Deshalb muss für uns jeglicher Ausbau mit einem entsprechenden Plan an Ressourcen und Räumlichkeiten unterlegt sein. Hohen Stellenwert für eine erfolgreiche Bildungskarriere hat die sprachliche Entwicklung, deshalb haben wir die Sprachstandsfestsstellung um ein halbes Jahr vorgezogen und bei Defiziten eine verbindliche Förderung festgelegt. Wir sprechen uns außerdem dafür aus die bewährten und von Praktikern durchweg gelobten „Vorklassen“ in Schulen und Kitas wieder einführen, um eine optimale Vorbereitung der Kinder auf die Anforderungen der Schule – beispielsweise im Hinblick auf Konzentrationsfähigkeit, Selbstständigkeit und Ausdrucksfähigkeit – zu gewährleisten.</p> <p>Zur Chancengerechtigkeit gehört auch die Leistungsgerechtigkeit. Es ist für uns bspw. nicht nachvollziehbar, dass Schulplätze verlost werden, denn das kann bedeuten, dass ein Kind mit schlechten Noten einem Kind mit guten Noten vorgezogen wird. Zur Leistungsgerechtigkeit gehören vergleichbare, einheitliche Standards, die es bspw. am Ende der sechsjährigen Berliner Grundschulen nicht gibt.</p> <p>Antwort Frage 2: Eine Auswahl nach Leistung findet nur dann statt, wenn es sich um übernachgefragte Schulen handelt, und auch dort kann ein Schüler, selbst wenn er die Leistungsanforderungen nicht erfüllt, durch die 30% Los- oder die 10% Härtefallquote doch noch zum Ziel kommen. Bei nicht übernachgefragten Schulen findet keine Auswahl statt.</p> <p>Ein Wechsel von der 4. Grundschulklasse an eine weiterführende Schule findet auf ausdrücklichen Wunsch der Eltern und Schüler statt und kann derzeit leider nur in eine streng limitierte Anzahl von bestimmten Profilschulen erfolgen. Die CDU spricht sich dafür aus, es allgemein Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen von der 4. Grundschulklasse in eine weiterführende, auch allgemeine, Schule zu wechseln.</p> <p>In der Berliner Grundschule wird im Vergleich zu anderen Bundesländern schon jetzt zwei Jahre länger gemeinsam gelernt, ohne dass dies nachweisbar positive Auswirkungen im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit oder auf sonstige Fähigkeiten hat. Die Möglichkeit, sich nach der 7. Klasse für eine Schulform mit hohem Lerntempo, Leistungsrückmeldungen in Form von Noten, Lernen im Klassenverband, der Möglichkeit des Sitzenbleibens und mit dem Abschlussziel Abitur (Gymnasium) oder für die Integrierte Sekundarschule mit äußerer oder innerer Differenzierung, dem Niveaustufenmodell und dem dualem Lernen/WAT zu entscheiden,</p>
--	---


	<p>ist in Berlin breit akzeptiert, sodass wir keinen Grund für Änderungen sehen.</p>
	<p>Antworten auf die Fragen 1 und 2: Wir werden uns auch in Zukunft für eine Stärkung des längeren gemeinsamen Lernens einsetzen und dies fördern. Das Berliner Schulsystem bietet inzwischen eine Vielzahl von Übergängen und Möglichkeiten, die Schullaufbahn eines jeden Kindes individuell zu gestalten. Wir wollen an dieser Vielfalt von Möglichkeiten festhalten, deshalb halten wir die Schulstrukturen auch weiterhin für einen Erfolg. Der im Zuge der Reform hergestellte Schulfrieden hat den Weg frei gemacht, den Blick auf Fragen der Qualität zu richten. So zum Beispiel auf die pädagogische Leistungsfähigkeit der Konzepte der Berliner Gemeinschaftsschulen. Diesen Impuls wollen wir nutzen, um noch mehr Schulen davon zu überzeugen, so zu arbeiten.</p>
	<p>Antwort Frage 1: In zahlreichen Studien und Erhebungen wurde nachgewiesen, dass in Deutschland der Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen in hohem Maß von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft abhängt. Dem deutschen Schulsystem gelingt es nicht bzw. nur völlig unzureichend, alle Kinder und Jugendlichen individuell so zu fördern, dass Defizite ausgeglichen werden und Unterschiedlichkeit akzeptiert und als Chance begriffen wird. Im Gegenteil, das gegliederte deutsche Schulsystem reproduziert und verstärkt die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der Herkunft. Mit der Einrichtung der Pilotphase Gemeinschaftsschule hat DIE LINKE. Berlin als ein grundlegendes Ziel die Entkopplung der Lernergebnisse bzw. des Schulerfolgs der Schüler*innen von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft verfolgt. Die soll insbesondere erreicht werden durch längeres gemeinsames Lernen vom Schulanfang bis zum Schulabschluss und durch eine Schule für alle, die auf Auslese und Abschulung verzichtet und die inklusiv arbeitet sowie eine Pädagogik entwickelt, die einer heterogenen Schüler*innenschaft gerecht wird. Dieses Ziel wurde, wie die wissenschaftliche Begleitung belegt, die bisher nur die Sekundarstufe I untersucht hat, bereits in hohem Maße erreicht.</p> <p>Antwort Frage 2: Ausgangspunkt für die Errichtung der Berliner Gemeinschaftsschulen war und ist „Schulen des längeren gemeinsamen Lernens“ zu schaffen. Dazu gehört es, Schüler*innen nicht nach der 6. (oder sogar 4.) Jahrgangsstufe auf weiterführende Schulen des gegliederten Schulsystems nach vermeintlichen Leistungskriterien aufzuteilen und damit zugleich auch noch Leistungs- und Konkurrenzdruck auf das Lernen in der Grundschule auszuüben. Im Gegenteil., wenn Schüler*innen nach der Grundschulzeit die Schule nicht wechseln müssen, hat dies Vorteile für alle Beteiligten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Beim Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe I entfallen die „Grundschulempfehlungen“. Dies nimmt Druck wie Notenstress von Kindern und ihren Eltern, um eine Empfehlung für das Gymnasium zu erhalten und entlastet auch die Lehrkräfte, die keine Gutachten erstellen müssen. Für die Eltern und Kinder entfällt die oft stressige und demotivierende Suche nach einer weiterführenden Schule.</li> <li>• In der Sekundarstufe I wird Zeit gewonnen, da die Lerngruppen nicht neu konstituiert werden müssen, sondern ihren Lernprozess in gewohnter Umgebung fortsetzen können.</li> </ul>




	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ergebnisse beim mittleren Schulabschluss (MSA), z.B. an der Fritz-Karsen-Schule, legen den Schluss nahe, dass die MSA-Ergebnisse in den Klassen, die seit der 1. Jahrgangsstufe bestehen, besser ausfallen als in den erst ab der 7. Jahrgangsstufe neu gebildeten Klassen. Dies sollte durch die Weiterführung der wissenschaftlichen Begleitung und ggf. andere empirische Studien untersucht werden.</li> </ul> <p>Ebenso lehnen wir die Abschulung von der einmal gewählten Schule ab, wie sie durch die Gymnasien nach dem Probejahr praktiziert wird.</p>
	<p>Antwort Frage 1:</p> <p>Die PIRATEN Berlin unterstützen ein möglichst langes gemeinsames Lernen. Alle Lernenden sollen ihre Schullaufbahn individuell planen und absolvieren können. Das bedeutet insbesondere binnendifferenziert, mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten und Methoden zu lernen. Allen Schulen soll die Möglichkeit gegeben werden, jahrgangshomogene Klassenverbände aufzulösen und zum Beispiel durch ein flexibles Kurssystem zu ersetzen, das zahlreiche Probleme des existierenden Klassensystems löst: Lernende werden nicht mehr über- oder unterfordert oder zum Überspringen von Klassen genötigt, sondern können Kurse wählen, die ihrem individuellen Fortschritt entsprechen. Eine erzwungene Unterteilung in verschiedene Schulstufen findet nicht mehr statt. Die PIRATEN Berlin setzen sich für die Ausweitung der Schulsozialarbeit auf alle Schulformen ein, damit die Schüler jederzeit auf individuelle Begleitung und Beratung zurückgreifen können. Ziffernoten und sogenannte Kopfnote lehnen wir ab. Bewertungen sollen den Lernenden vorrangig als Rückmeldung über ihre Bildungsfortschritte dienen und nicht der interpersonellen Vergleichbarkeit.</p> <p>Die OECD kritisiert seit Jahren die frühe Selektion im Deutschen Schulsystem als den Grund für die besonders starke Abhängigkeit des Schulerfolges von der sozialen Herkunft. Ein Blick in die Nachbarländer genügt, um zu sehen, dass es auch anders geht. Wir PIRATEN wollen, dass Schüler*innen länger gemeinsam lernen und dass sie sich gegenseitig unterstützen, um so Sozialkompetenzen zu erwerben, die über die fachlichen Anforderungen der Schule hinausgehen. In Berlin gibt es viele Beispiele, dass das Miteinander in ISS und Gemeinschaftsschulen gelingt, wenn die Schulen gut ausgestattet sind und engagiertes Lehrpersonal die individuelle Förderung ernst nimmt. Wenn das Gymnasium nicht abgeschafft werden kann, muss das Ziel sein, die ISS und Gemeinschaftsschulen so zu fördern, dass sie mit dem Gymnasium konkurrieren können.</p>


## Inklusion / Begabungsförderung aller Schüler\_innen

1. Wie wollen Sie die gemeinsame Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderung weiter voranbringen?
2. Gemeinschaftsschulen als inklusive Schulen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung der UN-Behindertenkonvention. Das kostet viel Zeit und Kraft. In welchem Umfang werden Sie sich für eine bessere personelle Ausstattung der Gemeinschaftsschulen einsetzen?
3. Wie stehen Sie zu der „Abschulungspraxis“ der Gymnasien? Ist diese Ihres Erachtens mit dem staatlichen Inklusionsauftrag vereinbar?

	<p>Antworten auf die Fragen 1 bis 3:</p> <p>Die bisherigen Gemeinschaftsschulen wurden laut Abschlussbericht der Pilotphase dem Anspruch einer inklusiven Schule weitgehend gerecht. Die Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf haben beachtliche Lernzuwächse erreicht, während sich im Vergleich von Klassen mit und ohne Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf keinerlei Nachteile des gemeinsamen Lernens feststellen ließen. Teilweise waren die Lernfortschritte in „inkluisiven“ Klassen sogar besonders hoch.</p> <p>Sowohl Inklusion als auch die Weiterentwicklung der Gemeinschaftsschulen stehen für die SPD an vorderer Stelle der Bildungspolitik. Wir werden unabhängig vom Schultyp die personellen und baulichen Voraussetzungen an den Schulen für eine inklusive Beschulung ausbauen und weiterentwickeln.</p> <p>Die Abschulungspraxis der Gymnasien beobachten wir nicht ohne Sorge. Wir gehen allerdings davon aus, dass sich diese nicht in erster Linie auf die Inklusion auswirken wird.</p>
	<p>Antworten auf Frage 1 und 2:</p> <p>Aus Sicht der CDU Berlin sollte die stärkere Einbeziehung von Kindern mit Förderbedarf in den Regelunterricht dem Ansatz „So viel Inklusion wie möglich – so viel individuelle Förderung wie nötig“ folgen. Sie sollte sich außerdem an den (u.a. von Sanierungsstau und Raumnot gekennzeichneten) Berliner Realitäten orientieren und anhand von Best-Practice-Beispielen pragmatisch und Schritt für Schritt vollzogen werden, wie dies nun im Rahmen der Einrichtung von „Schwerpunktschulen“ auch der Fall sein wird.</p> <p>Das Wohl des Kindes und die Wahlfreiheit der Eltern haben für die Berliner CDU Priorität. Schulische Inklusion ist der richtige Weg für mehr Teilhabechancen von Kindern mit Förderbedarf, sie ist aber kein Selbstzweck. Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf müssen in ihrer Besonderheit ernst genommen werden. Ohne eine (frühzeitige) Diagnose durch Experten ist keine individuelle Förderung und damit auch keine volle Entfaltung der Persönlichkeit möglich. Zuweisungen, die nicht an die Person, sondern an die Einrichtung gebunden sind, sind oft unzureichend, so viele Rückmeldungen, die uns erreichen. Im Vorspann zu der Frage klingt genau das an: Inklusion braucht an den Gemeinschaftsschulen, aber auch an allen anderen Schulen, mehr Ressourcen als bisher. Diese Lehrer- und Zeitressourcen können wir angesichts der durch 20 Jahre SPD-Bildungspolitik verursachten desolaten Lehrer- und Raumsituation in Berlin leider nur sehr langsam und mühsam gewinnen, dementsprechend langsam und mühsam wird Inklusion in Berlin vorangehen, wenn sie nicht</p>

	<p>nur auf dem Papier stehen und qualitativ wertvoll sein soll.</p> <p>Wir sprechen uns für den Erhalt des Elternwahlrechts aus, d. h. dass es auch in Zukunft möglich sein muss, dass Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf temporär oder durchgehend von den Vorteilen und Möglichkeiten von Förderzentren mit kleinen Klassen, gut ausgebildeten Sonderpädagogen und etablierten Netzwerken in den Arbeitsmarkt profitieren. Wir sprechen uns deshalb dafür aus, eine Grundstruktur an Förderschulen mit angemessenem Personalbestand zu erhalten, die sich untereinander besser vernetzen und deren Durchlässigkeit zur Regelschule besser entwickelt wird.</p> <p>Das Gymnasium ist eine Schulform für viele, aber keine Schulform für alle. Das Gymnasium ist die Schule für diejenigen, die schnell, leicht, gern und (zumeist) im Klassenverband lernen und Leistungsbewertung befürworten. Ziel des Gymnasiums ist das Erreichen der allgemeinen Hochschulreife und die Vorbereitung auf ein Studium in 6 (bzw. 8) Jahren. Die Klassen an Gymnasien sind mit 32 Schülern deutlich größer als an Integrierten Sekundarschulen, es gibt weniger Teilungsstunden und weniger Ganztags.</p> <p>Antwort Frage 3: Ausschlaggebend für die Frage, ob ein Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf auf ein Gymnasium gehen kann und sollte, ist also, ob dieses Kind angesichts der genannten Bedingungen und Anforderungen dort lernen kann und möchte. Wir halten es für sinnvoll, dass eine solche Entscheidung im Einvernehmen zwischen Schüler/Schülerin und Schule getroffen wird.</p> <p>Bei Nichtbestehen des Probejahres am Gymnasium erfolgt die Versetzung in die 8. Klasse einer Sekundarschule, andere Formen des „Abschulens“ gibt es nicht. An einer Sekundarschule können über Kooperationen oder an dieser selbst alle Abschlüsse, auch das Abitur, abgelegt werden. Wir halten diese Regelung zum Selbstschutz der Schüler für sinnvoll und vertretbar.</p>
	<p>Antworten auf die Fragen 1 bis 3: Inklusion ist für uns weit mehr als nur die gemeinsame Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderung. Vielmehr bedeutet es, alle Kinder in ihrer ganzen, bunten Unterschiedlichkeit bestmöglich zu fördern. In diesem Sinne ist für uns die inklusive Schule die Schule der Zukunft.</p> <p>Alle Schulen müssen in die Lage versetzt werden, die Vielfältigkeit ihrer Schülerschaft anzunehmen. Wir wollen die Voraussetzungen schaffen, dass die Gymnasien künftig in der Lage sind, eine heterogene Schülerschaft zum Erfolg zu führen: damit wir Instrumente wie Probejahr und Sitzenbleiben abschaffen können. Wir sind fest davon überzeugt, dass dies langfristig auch die Gymnasien zu noch besseren Schulen macht.</p>
	<p>Antwort Frage 1: Zur Verwirklichung der Inklusiven Schule sind entscheidende Schritte notwendig, damit keine Schülerin und kein Schüler ausgegrenzt werden und jede und jeder sich in der Lerngemeinschaft akzeptiert und aufgehoben fühlen kann. Statt der durch den Senat favorisierten „6 x 6 Schwerpunktschulen“ wollen wir die Voraussetzungen für die Inklusion an</p>

	<p>allen Schulen schaffen.</p> <p>»Inklusive Schule« ist keine nur sonderpädagogische Aufgabenstellung. Sie beschränkt sich nicht darauf, Kinder und Jugendliche mit »sonderpädagogischem Förderbedarf« in die Regelschule zu integrieren. Sie steht für ein neues Verständnis von Schule und Lernen. »Inklusive Schule« ist die »Schule für alle« und zwar vorbehaltlos. Verschiedenheit ist normal, Anderssein ein Wert. Alle werden akzeptiert und so angenommen, wie sie in der Schule ankommen. Eine solche Schule kann entstehen, wenn es ihr gelingt, die Potenziale der Kinder zu entfalten anstatt deren Defizite festzustellen. Alle Kinder können etwas. Sie können Unterschiedliches. Und sie können es unterschiedlich gut. Inklusion bedeutet gleichberechtigtes Dazugehören und gleichberechtigte Teilhabe aller, bedeutet, sich aufeinander einzulassen, voneinander zu lernen, miteinander zu gestalten. Damit steht die »Inklusive Schule« auch für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.</p> <p>DIE LINKE. Berlin will das Recht auf das gemeinsame Lernen in allen Schulen und ohne Ausnahme im Schulgesetz festschreiben und hat hierzu bereits Anträge im Abgeordnetenhaus eingebracht. Wir fordern ein schlüssiges Gesamtkonzept für die »Inklusive Schule« mit einer gesicherten, ausreichenden und dauerhaften Finanzierung von qualifiziertem Personal, einem baulichen Konzept für Barrierefreiheit im Sinne der UN- Behindertenrechtskonvention sowie einem entsprechenden Finanzplan zur Absicherung der benötigten Mittel im Haushalt. Gleichzeitig braucht es eine Qualifizierungsoffensive für das pädagogische Personal mit vielfältigen Weiterbildungsangeboten und ein Netzwerk von Beratungs- und Unterstützungssystemen in den Bezirken als qualifizierte, ständige Ansprechpartner*innen für die Schulen vor Ort.</p> <p>Antwort Frage 2: Gemeinschaftsschulen sollten eine den inklusiven Schwerpunktschulen vergleichbare Personalausstattung erhalten. Das gilt sowohl quantitativ als auch in der Ausstattung mit pädagogischen Unterrichtshilfen und Betreuer*innen, denn sie leisten eine durchaus vergleichbare Arbeit in der Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderstatus. Laut Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung der Pilotphase hatten im ersten untersuchten Jahrgang (7. Jahrgangsstufe/2009 bis 9. Jahrgangsstufe/2011) 5,6 % der Schüler*innen einen sonderpädagogischen Förderstatus. Im zweiten untersuchten Jahrgang (7. Jahrgangsstufe/2012 bis 9. Jahrgangsstufe/2014) waren es schon 7,6 % Schüler*innen mit Förderstatus. Es ist nicht genug hervorzuheben, dass diese Schüler*innen und die I- Klassen, in denen sie lernten, als Ganzes überdurchschnittliche Ergebnisse in ihrer Lernentwicklung erreichten. Die personelle Ausstattung der inklusiven Schwerpunktschulen wird aus einer Schriftlichen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Abgeordnetenhaus ersichtlich (Drucksache 17/18608).</p> <p>Antwort Frage 3: Das ist Pädagogik des vorletzten Jahrhunderts, die abgeschafft gehört! Für DIE LINKE gehört zur »Inklusiven Schule«, dass Gymnasien Schülerinnen und Schüler nicht mehr abschulen dürfen! Die Auswirkungen, die das auf die betroffenen Kinder hat und die Schwierigkeiten, die das für die Gemeinschaftsschulen und ISS mit sich bringen sind bekannt. Wir haben im Abgeordnetenhaus einen Antrag zur Änderung des Schulgesetzes eingebracht, um das Probejahr abzuschaffen und zu erreichen, dass alle Schülerinnen und Schüler durch Fördermaßnahmen und -vereinbarungen auf ihrem Weg zu dem für sie bestmöglichen</p>
--	---

	<p>Schulabschluss besser unterstützt werden. Da dieser Antrag abgelehnt wurde, muss dieses Ziel auch in der nächsten Wahlperiode weiterverfolgt werden.</p>
	<p>Antwort Frage 1: Jedes Kind muss wohnortnah eine Schule seiner Wahl besuchen können. Dafür müssen die Voraussetzungen geschaffen werden. Wir wenden uns gegen das Prinzip, dass Inklusionsschulen sich für bestimmte Förderbedarfe entscheiden müssen. Gerade Gemeinschaftsschulen haben gute Erfahrungen gemacht mit dem Zusammenleben von Kindern mit verschiedenen Förderbedarfen. Eine finanzielle Ausstattung, die den Wert inklusiver Arbeit anerkennt und diese erleichtert muss im Landeshaushalt stärker abgebildet werden. Die PIRATEN lehnen die Versuche ab, mit der Abwicklung der Förderschulen Einsparungen zu verbinden. Inklusion zum Nulltarif ist nicht möglich! Gemeinschaftsschulen als inklusive Schulen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung der UN-Behindertenkonvention. Das kostet viel Zeit und Kraft. In welchem Umfang werden Sie sich für eine bessere personelle Ausstattung der Gemeinschaftsschulen einsetzen? Wir wollen den Personalschlüssel an Gemeinschaftsschulen verbessern und insbesondere Schulhelferstunden aufstocken. Inklusionsschulen sollen nicht pauschal sondern nach zu betreuenden Fällen bezahlt werden. Nicht zuletzt dürfen die Gymnasien nicht weiter von der Aufgabe quasi freigestellt werden, sich auch um Inklusion zu kümmern.</p> <p>Antwort Frage 2: Nein. Die Inklusion ist inzwischen geltendes Recht. Insofern ist das ein gutes Argument, das das Gymnasium sich von der Praxis der Abschulung verabschieden sollte. Auch am Gymnasium würde es den meisten Schüler*innen nützen, wenn stärker auf individuelle Förderung aller geachtet würde.</p>

## Oberstufe / Gymnasien

1. Wie stehen Sie zu der Forderung, dass an allen Gemeinschaftsschulen gymnasiale Oberstufen eingerichtet werden sollen und somit dort das Abitur abgelegt werden kann?

	<p>Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich weiterhin Schulen aller Schularten bewerben können, Gemeinschaftsschule zu werden.</p> <p>Gemeinschaftsschulen ohne eigenen Grundschulteil oder ohne eigene gymnasiale Oberstufe haben bereits jetzt verbindliche Kooperationen mit Grundschulen oder Schulen mit gymnasialer Oberstufe. So erfolgen die Übergänge zwischen den Klassenstufen sicher und reibungslos.</p> <p>Die Gemeinschaftsschüler wechseln automatisch in die 7. Jahrgangsstufe ihrer Schule, wenn die Schülerinnen und Eltern dies wünschen. Ebenso werden Schüler von Grundschulen mit denen verbindliche Kooperationen bestehen, vorrangig aufgenommen.</p>
	<p>Ausschlaggebend für die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe ist, dass eine Schule über mehrere Jahre hinweg eine ausreichende Anzahl von oberstufengeeigneten Schüler und Schülerinnen hervorbringt, sonst ist es nicht möglich, die notwendige Anzahl und Bandbreite an Kursen einzurichten. Die CDU würde die Absenkung der Anforderungen für den Übergang in die Oberstufe rückgängig machen und sie höher als früher ansetzen um der Oberstufe und damit dem Berliner Abitur wieder mehr Qualität zu geben.</p>
	<p>Mit der Berliner Schulreform gibt es das Versprechen, dass der Besuch einer Oberschule auch zum Abitur führen kann. Wir wollen dieses Versprechen einlösen. Dies bedeutet aber nicht, dass jede Integrierte Sekundarschule oder Gemeinschaftsschule zwangsläufig eine eigene Oberstufe benötigt. Die Frage der eigenen Oberstufe sollte sich am Bedarf orientieren und muss gewisse Kriterien der Umsetzbarkeit erfüllen. Manche Schulen haben bislang schlicht zu wenig Schüler*innen, die das Abi machen wollen, um eine eigene Sek II einrichten zu können. Gemeinsame Oberstufen oder Schulverbünde können ebenso erfolgreich zum Abitur führen wie eine eigene Oberstufe. Kooperationen mit Oberstufenzentren sind uns weiterhin ein Anliegen.</p>
	<p>Nach Auffassung der LINKEN müssen die Schulen im Prozess der Suche nach Kooperation oder Fusion von Grundschule und Sekundarschule, beim Aufbau einer Grundstufe an der integrierten Sekundarschule und bei der Einrichtung einer Oberstufe aktiv unterstützt werden, um die Gemeinschaftsschule als Schule von der Einschulung bis zum Abitur fest in der Berliner Bildungslandschaft zu etablieren. Die Fraktion DIE LINKE. im Abgeordnetenhaus hatte im Juli 2015 zu einem Fachgespräch über „Neue Wege für die Oberstufe“ eingeladen. Es geht um mehr als nur um die Etablierung einer „klassischen Abiturstufe“ an Gemeinschaftsschulen. In der Ausgestaltung und beim Neuaufbau der Sekundarstufe II stellt sich zunehmend die Frage, wie Pädagogik und Lernkultur, die in der Grund- und Sekundarstufe I entwickelt wurden, in der Sekundarstufe II fortgesetzt werden können. Wie kann eine Oberstufe an Gemeinschaftsschulen, die sich als »Schule für alle« verstehen, aussehen? Mehr dazu unter: <a href="#">Neue Wege für die Oberstufe</a>.</p>
	<p>An Gemeinschaftsschulen können alle allgemeinbildenden Schulabschlüsse abgelegt werden – also auch das Abitur. Die Praxis hat gezeigt, dass die Eltern sehr misstrauisch reagieren, wenn die Schule keine eigene SekII besitzt. Schon aus Anti-Diskriminierungsgründen ist es</p>



nicht einzusehen, dass das Gymnasium direkt zum Abitur führt, die ISS und die Gemeinschaftsschüler\*innen aber die Schule wechseln müssen. Die PIRATEN fordern explizit in ihrem Programm die Möglichkeit, dass die Gemeinschaftsschulen eigene gymnasiale Oberstufen einrichten. Hier sind wir dafür, ein Angebot zu schaffen, unabhängig von einer Übergangsquote der eigenen Schüler\*innen. Diese Angebotspolitik wird die Attraktivität der Schule auf Dauer stärken und ein Angebot für Seiteneinsteiger\*innen nützt der Berliner Schullandschaft insgesamt.